

Erhöhung der Straßenbahntarife in Sicht.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ hat am Samstag Wien mit einer seltsamen Nachricht überrascht. Es erzählte, daß sich der Wiener Gemeinderat in seiner zweitnächsten Sitzung mit der Regelung der Gehalte der städtischen Beamten und Lehrer beschäftigen werde. Die Regelung wird, den Wünschen der Beamten entsprechend, so vollzogen werden, daß sich die Gehalte der städtischen Beamten an die der Staatsbeamten anlehnen. Da die Sanktion des Lehrgelaltsgesetzes vorderhand nicht zu erwarten sei, sollen auch die Bezüge der Lehrer den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden. Dazu ist eine Summe von zehn Millionen Kronen nötig, für die im Haushalt der Stadt Wien keine Deckung vorhanden ist. Eine direkte Steuer aufzuerlegen, die nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen aller Bürger Wiens abgestuft werden könnte, davor ist die christlichsoziale Mehrheit im Rathause immer zurückgeschreckt. Nur keine Steuern erhöhen! Das war immer ihr Leitsatz. Nach ganz demselben Leitsatz handeln sie auch jetzt und wie das „Neue Wiener Tagblatt“ weiter mitteilt, haben die Herren im

Rathause keinen anderen Einfall, als die Straßenbahntarife zu erhöhen. Nur nicht offen den Bürgern Steuern auferlegen und ihnen dadurch das Bewußtsein beibringen, daß eine Gemeinde für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen auch Geld braucht, nur schön hinterrücks, im Wege einer indirekten Steuer! Dieses bequeme Auskunftsmitglied aller Finanzminister ist natürlich auch den Stadtratsherren das angenehmste. Sie stützen sich dabei auf ein schlechtes Beispiel, das in Deutschland gegeben wurde. Die Aktiengesellschaften und alle größeren kapitalistischen Betriebe, die nur irgendwie mit Kriegslieferungen zu tun hatten, waren in den letzten zwei Jahren in der „glücklichen“ Lage, außerordentlich große Gewinne auszuweisen. Neben diesen Riesengewinnen blieben die bescheidenen gewöhnlichen Millionengewinne der Straßenbahngesellschaften zurück. Sie sind auf der gewöhnlichen Höhe geblieben oder haben keine außerordentliche Kriegssteigerung erfahren, und wo alles nimmt, können die Straßenbahngesellschaften allein nicht verzichten und so wurde denn eine Beratung von deutschen Straßenbahndirektoren, die vor etwa zwei Wochen in Berlin abgehalten wurde, rasch darin einig, daß sie die alten Fahrpreise nicht mehr einhalten können. Der Krieg hat den Betrieb verteuert, insolge dessen müssen auch die Fahrpreise höher werden. Das war die Begründung der privatkapitalistischen Gesellschaften. Daß auch die Wiener städtischen Straßenbahnen in diese kapitalistischen Spuren treten wollen, ist ein Zeichen mehr dafür, daß wir nicht gut verwaltet sind. Als damals die Nachricht von Berlin nach Wien kam, rief die „Reichspost“ frohlockend aus: So etwas ist in Wien doch nicht möglich, hier ist städtische Verwaltung und nicht kapitalistische; in Wien gibt es keine Verteuerung der Straßenbahnfahrten! Nun aber „verlautet“ dennoch im „Neuen Wiener Tagblatt“, dem rathausfrömmsten Blatte in Wien, daß die Fahrpreise auf der Wiener Straßenbahn erhöht werden sollen, und zwar durchschnittlich für jede Karte um zwei Heller. Das heißt: es wird der Arbeiter, der um 6 Uhr früh in die Arbeit fährt, ein Sechstel mehr zu zahlen haben. Wer eine Bezirksstrecke bis zum Ring oder im Umsteigerverkehr von der Gürtelstraße über den Ring fährt, also in der Regel eine geschäftliche Fahrt macht, wird um ein Siebentel mehr zu zahlen haben. Wer eine Zwanzighellerkarte nötig hat, wird um ein Zehntel mehr zu zahlen haben. Wer eine Dreißighellerstrecke fährt, wird einen Aufschlag von einem Fünftel zu zahlen haben. Schon mit dieser Gegenüberstellung allein ist die Ungerechtigkeit einer derartigen indirekten Besteuerung der Bürger aufgezeigt. Wer am wenigsten verdient, muß nicht nur im Verhältnis, sondern auch tatsächlich am meisten bezahlen. Wer am meisten verdient und gelegentlich einmal an einem Sommernachmittag eine Spazierfahrt etwa nach Dornbach hinaus macht, der wird am geringsten besteuert. Wir können schon aus diesen Gründen nicht daran glauben, daß man sich im Rathause ernstlich mit der Erhöhung der Straßenbahntarife beschäftigt. Sie würde mit Recht auf ernsten Widerstand stoßen. Dazu kommt aber noch, daß damit wieder einmal das Kunststück getroffen wäre, einer durchaus notwendigen Maßnahme, der Erhöhung von Gehältern von Beamten und Lehrern, einen gehässigen Beigeschmack zu geben. Wir wollen also, ehe wir unser endgültiges Urteil über diese Sache abgeben, doch noch abwarten, ob im Rathause diese Besteuerungspolitik wirklich geplant ist.